

## FWH und SPD rücken zusammen

**Der Politikstil in Heist ändert sich. FWH und SPD rücken enger zusammen, bei der CDU reagiert man vergrätzt.**

Von Thomas Pöhlsen

Heist. Die Abwahl von Bürgermeister Bernhard Siemonsen (CDU) war noch gescheitert, weil sich die SPD-Fraktion nicht zum „Königsmord“ entscheiden konnte und wohl auch nicht sicher war, ob alle Gemeindevertreter der Freien Wählergemeinschaft Heist in geheimer Abstimmung für die FWH-Kandidatin Sylvia Marquard gestimmt hätten. Der Verlust der absoluten CDU-Mehrheit – ein Sitz ging an die FWH – hat aber doch Konsequenzen. Der kooperative Politikstil in Heist scheint passé zu sein, SPD und FWH bestimmen gemeinsam die Dorfpolitik.

Rekordverdächtige fünf Anträge hatten die Freien Wähler zur ersten Arbeitssitzung der Gemeindevertreter im Lindenhof eingebracht. Alle wurden mit den Stimmen der SPD durchgewunken. Bei der Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Großen Kamp, der Aufbringung eines Piktogramms „30“ im Kleinen Ring sowie dem Erhalt des provisorischen Fußweges zwischen Große Twiete und Sportplatz stimmten die Christdemokraten noch für die FWH-Anträge. Zoff gab es dann bei der Einführung eines Baby-Begrüßungsgeldes von 50 Euro.

Die Diskussion in Gang brachte allerdings der Leitende Verwaltungsbeamte Jürgen Manske. Es gebe gerade Streit mit dem Land, das die Finanzangelegenheiten mit den Kommunen neu regeln wolle, und zwar zuungunsten der Kreise, Städte und Gemeinden, erklärte der Spitzenbeamte. Argument der Kommunen sei es, dass sie gerade noch ihr Aufgaben erledigen könnten. „Wenn Sie jetzt neue freiwillige Leistungen beschließen, fallen Sie der kommunalen Familie damit in den Rücken“, monierte Manske. „Das sehe ich genauso“, unterstützte ihn Ludwig Albrecht (CDU).

„Dann müssten wir auch unsere freiwilligen Leistungen wie die Reetdachförderung kürzen“, entgegnete Herwigh Heppner (FWH). „Wir wollen eine lebenswerte Gemeinde sein, gerade für junge Familien.“

Nicht beirren ließen sich Genossen und Freie auch beim Ranzengeld. Jedes Kind, dem nach der Kindergarten-Sozialstaffel Unterstützung zusteht, soll 50 Euro für die schulische Erstausrüstung bekommen.

„Wir werden hier in die unsoziale Ecke gedrängt“, kritisierte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Angela Ruland. Sie sei mehr als verwundert über die neue Politik in der Gemeindevertretung. Angela Ruland kritisierte: „Sonst haben wir gemeinsam gehandelt.“

nordClick/uena vom 17.09.2008 21:00

Quelle im Internet: <http://www.uena.de/artikel/2464713>